

MERKBLATT ZUM ELTERNBEITRAG/ELTERNEINKOMMEN

(Bitte vor dem Ausfüllen der „Erklärung zum Elterneinkommen“ aufmerksam lesen)

Gemäß § 90 (1) des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII), § 51 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) sowie in Verbindung mit der Satzung der Stadt Gelsenkirchen über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme der im Stadtgebiet Gelsenkirchen bestehenden Tageseinrichtungen für Kinder und für die Inanspruchnahme der Kindertagespflege (Elternbeitragsatzung) in der jeweils gültigen Fassung werden für den Besuch einer Kindertageseinrichtung öffentlich-rechtliche Beiträge erhoben. Der Beitragseinzug erfolgt zentral durch die Verwaltung der Gelsenkirchener Kindertagesbetreuung (GeKita).

Es wird ein Jahresbeitrag erhoben, der eventuelle Schließungszeiten mit erfasst. Beitragszeitraum ist das Kindergartenjahr; dieses entspricht dem Schuljahr.

Die Höhe des Elternbeitrages ist abhängig von der Höhe des Einkommens und von der Art der Betreuung und wird gemäß der Anlage Beitragstabelle der o. g. Satzung erhoben. Die Beitragstabelle ist beigefügt.

Für die regelmäßige Betreuung eines Kindes über Mittag wird außerdem ein Verpflegungsentgelt erhoben, welches an den Träger der jeweiligen Einrichtung zu entrichten ist.

Besuchen mehr als 1 Kind einer Familie gleichzeitig eine Kindertageseinrichtung, die Offene Ganztagschule oder nehmen die Betreuung bei einer Tagespflegeperson wahr, so entfallen die Beiträge für das zweite und jedes weitere Kind. Werden diese Kinder mit unterschiedlichen Stundenanteilen bzw. in unterschiedlichen Angebotsformen betreut, so wird der Elternbeitrag für ein Kind für das Betreuungsangebot mit dem höchsten Beitrag erhoben.

Beispiel: Ein Kind (unter 2 Jahre) besucht eine Tageseinrichtung 45 Stunden wöchentlich, ein weiteres Kind (4 Jahre) ist für 25 Stunden bei einer Tagesmutter untergebracht; dafür ist in der Beitragsstufe bis 25.000,00 € ein Beitrag von 104,00 € zu erheben.

Kinder von Eltern mit einem Jahreseinkommen bis zu 17.500,00 € besuchen die Einrichtung beitragsfrei.

Beitragspflichtige, die zur Sicherung und/oder Ergänzung ihres Lebensunterhaltes Leistungen nach dem II. oder dem XII. Sozialgesetzbuch (SGB), dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) oder Kindergeldzuschlag gem. § 6 a Bundeskindergeldgesetz (BKGG) beziehen, werden **für die nachgewiesene Dauer des Bezugs dieser Leistung** – ohne Prüfung der tatsächlichen Höhe – der ersten Einkommensgruppe gemäß der Beitragsstaffel, die der Anlage zur Elternbeitragsatzung zu entnehmen ist, zugeordnet. Von der Erhebung eines Beitrages kann ebenfalls (teilweise) abgesehen werden, wenn die Belastung durch den Kostenbeitrag nach entsprechender Anwendung der §§ 82 bis 85, 87, 88 und 92 a SGB XII nicht zumutbar ist.

Bestanden die vorgenannten Ansprüche nicht durchgängig vom 01.01. bis 31.12. des Kalenderjahres (z. B. bei Arbeitsaufnahme während des Jahres), so wird als hochgerechnetes Jahreseinkommen das 12-fache des Monatseinkommens ab dem Monat festgesetzt, in dem die vorgenannten Leistungen nicht mehr bezogen werden.

Die Erklärung zum Elterneinkommen ist ebenfalls als Anlage beigefügt. Diese Erklärung ist bei der Aufnahme des Kindes und danach auf Verlangen abzugeben. Die Angaben sind **nachzuweisen**; das bedeutet, dass eine Erklärung ohne beigefügte Einkommensunterlagen, die Ihre Angaben nachprüfbar (glaubhaft) machen, nicht akzeptiert werden kann (§ 4 der o. g. Satzung).

Füllen Sie die Erklärung zum Elternbeitrag bitte sorgfältig aus und schicken diese mit den Kopien Ihrer Einkommensunterlagen direkt an GeKita. Nur bei rechtzeitiger Abgabe sind die Sachbearbeiter(innen) in der Lage, Ihnen den Bescheid rechtzeitig zuzustellen. Sie vermeiden damit evtl. Nachzahlungen.

Bei der Berechnung Ihres Einkommens beachten Sie bitte folgendes:

- a) Maßgebend ist das Einkommen des gesamten Kalenderjahres. ***Sollte sich das Einkommen auf Dauer im laufenden Jahr erheblich verändert (verringert oder erhöht) haben, ist das zu erwartende (Gesamt-)Jahreseinkommen maßgebend.***
- b) Das Einkommen im Sinne der Elternbeitragssatzung der Stadt Gelsenkirchen setzt sich zusammen aus der Summe der positiven Einkünfte (das sind alle Einkünfte nach § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommenssteuergesetzes), und zwar aus
 1. Einkünften aus Land und Forstwirtschaft
 2. Einkünften aus Gewerbebetrieb
 3. Einkünften aus selbstständiger Arbeit
 4. Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit
 5. Einkünften aus Kapitalvermögen
 6. Einkünften aus Vermietung und Verpachtung
 7. Sonstigen Einkünften.

Einkünfte sind

1. bei Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbstständiger Arbeit der Gewinn **(nicht etwa das zu versteuernde Einkommen)**
 2. bei den anderen Einkunftsarten der Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten **(d. h. Gesamtbrutto, abzüglich Werbungskosten)**.
- Bei Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung ist dies die Bruttoeinnahme. Bei Lohn- und Gehaltsempfängern ist daher in der Regel das Einkommen gleich dem **Brutto-Jahreslohn oder -gehalt** des gesamten Jahres. Von diesem Betrag ist die jeweils gesetzlich festgelegte Werbungskosten**pauschale** abzuziehen. Sind Ihnen höhere Werbungskosten entstanden, so können Sie auch diese abziehen. Die höheren Werbungskosten sind durch Einkommenssteuerbescheid nachzuweisen. Bei Einkünften aus der Land- und Forstwirtschaft, des Gewerbebetriebes und der selbstständigen Arbeit handelt es sich nur um den Gewinn.
- sonstige Einkünfte (§ 22 EStG)
Zu den sonstigen Einkünften gehören alle Geldbezüge unabhängig davon, ob sie steuerpflichtig oder steuerfrei sind, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen, einschließlich öffentlicher Leistungen für die Eltern/Personensorgeberechtigten und das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird.

Zu den sonstigen Einnahmen gehören z. B.

- wegen Geringfügigkeit pauschal vom Arbeitgeber versteuerte Einkommen, Renten, Einnahmen, die aufgrund des sog. Montageerlasses nicht versteuert wurden, Unterhaltsleistungen an die Eltern und das Kind.
 - Einnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz z. B. Unterhaltsgeld, Überbrückungsgeld, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld, Arbeitslosengeld, Leistungen nach dem SGB II, Konkursausfall.
 - Sonstige Leistungen nach den Sozialgesetzen, z. B. Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Elterngeld das über der anrechnungsfreien Grenze von 300,00 € bzw. 150,00 € mtl. liegt, Übergangsgeld, Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, dem Beamtenversorgungsgesetz, dem Wehrgesetz und sonstigen sozialen Gesetzen, z. B. Wohngeld.
- c) - Bei Personen, die Einkünfte aus mehreren Einkunftsarten haben, darf nur die **Summe der positiven Einkünfte (Bruttoeinkünfte, nicht etwa das zu versteuernde Einkommen!)** berücksichtigt werden.
- Verluste aus einer Einkunftsart dürfen von den anderen Einkünften nicht abgezogen werden. Dasselbe gilt für zusammen veranlagte Ehegatten. Hier dürfen Verluste des einen Ehegatten nicht von den positiven Einkünften des anderen Ehegatten abgezogen werden.
 - Für das dritte und jedes weitere Kind sind die nach § 32 Abs. 6 Einkommenssteuergesetz zu gewährenden (Kinder-)Freibeträge von dem ermittelten Einkommen abzuziehen.
 - Bei nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, z. B. Beamten, ist den Einkünften aus diesem Beschäftigungsverhältnis ein Betrag von 10 v. H. hinzuzurechnen.
- d) Zu berücksichtigen ist das Einkommen der Eltern oder die diesen rechtlich gleichgestellten Personen. **Bei unverheiratet zusammenlebenden Eltern sind auch die Einkünfte beider Elternteile zugrunde zu legen.** Lebt das Kind nachweislich überwiegend mit nur einem Elternteil zusammen, so tritt dieser an die Stelle der Eltern bzw. der den Eltern gleichgestellten Personen. Leben die Eltern getrennt oder sind geschieden und lebt das Kind ausschließlich bei einem der Elternteile, ist nur das Einkommen dieses Elternteils zu berücksichtigen. Allerdings gehören zu dessen Einkommen auch Unterhaltsleistungen des anderen Ehegatten bzw. Elternteils an ihn oder das Kind. **Das gemeinsame Einkommen des Vaters und der Mutter ist zu berücksichtigen, wenn die getrennt lebenden Elternteile ihr Kind im sogenannten Wechselmodell betreuen, wenn das Kind nicht überwiegend nur bei einem Elternteil im Haushalt lebt oder wenn das Kind uneingeschränkter Zugang zu beiden Elternteilen hat.**

Die Angaben in der Einkommenserklärung sind GeKita nachzuweisen. Das bedeutet, dass GeKita von den Eltern die Einsicht in Unterlagen (Verdienstbescheinigung, Steuerbescheid usw.) verlangen kann.

Wird die Einkommenserklärung nicht abgegeben oder werden auf Verlangen die notwendigen Unterlagen nicht vorgelegt, so ist der höchste Elternbeitrag zu leisten (§ 4 Abs. 2 der Elternbeitragssatzung der Stadt Gelsenkirchen). Die Einkommenserklärung ist sorgfältig auszufüllen. Wird durch die Verwaltung von GeKita festgestellt, dass die Einkommenserklärung unrichtig oder unvollständig ist, kann GeKita diese Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße ahnden. Die Geldbuße kann bis zu 5.000,00 € betragen.

Sie sind verpflichtet, bei der Abgabe der "Verbindlichen Erklärung zum Elterneinkommen" entsprechende Unterlagen, die dem Nachweis dienen können, beizufügen und jegliche Veränderungen in Ihren Einkommensverhältnissen, die zu einer Neufestsetzung des Elternbeitrages führen könnten – GeKita 1.2 - unaufgefordert mitzuteilen.

Sie vermeiden damit,

dass evtl. Nachfestsetzungen erforderlich werden,

dass bei unrichtigen oder unvollständigen Angaben ein Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen Sie eingeleitet wird,

dass Sie sich u. U. in eine zu hohe Einkommensgruppe einstufen.

Auszug aus dem KiBiz § 20 – Datenerhebung und –verarbeitung

(1) Die Eltern sind verpflichtet, je nach Betreuungsangebot, dem Träger der Tageseinrichtung für Kinder oder der Fachberatungs- und Vermittlungsstelle für Kindertagespflege zur Erfüllung von Aufgaben nach diesem Gesetz folgende Daten mitzuteilen:

1. Name und Vorname des Kindes
2. Geburtsdatum
3. Geschlecht
4. Staatsangehörigkeit
5. vorrangige Familiensprache sowie
6. Namen, Vornamen und Anschriften der Eltern.

(2) Die Träger der Tageseinrichtungen und die Fachberatungs- und Vermittlungsstellen für Kindertagespflege haben die Eltern auf diese Mitteilungspflichten nach Absatz 1 hinzuweisen. Sie sind berechtigt und verpflichtet, die Daten nach Absatz 1 sowie die weiteren kindbezogenen Daten, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich sind, zu verarbeiten. Gespeicherte Daten dürfen nur denjenigen Personen zugänglich gemacht werden, die diese zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Gesetz benötigen. (...)

(3) Für Zwecke der Planung und Statistik im Bereich der Kindertagesbetreuung dürfen anonymisierte Daten nach diesem Gesetz (...) übermittelt sowie für Maßnahmen der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung verarbeitet werden.